

Für ein klimaneutrales Saarland im Jahr 2040.

Leitantrag zum Landesrat der Jungen Union Saar am 16. Dezember 2020.

I. Präambel

Der Klimawandel stellt die gesamte Weltgemeinschaft vor eine riesige Herausforderung. Wir haben eine Klimakrise, deren Auswirkungen bereits heute weltweit spürbar sind. Ob es die Zunahme von Dürren, die Ausbreitung von Wüsten, die Häufung von Überschwemmungen sowie weiterer extremer Wetterereignisse oder das Abschmelzen von Gletschern sind. Unsere Erde verändert sich dramatisch. Diese Veränderungen folgen keineswegs einem immer wieder auftretenden periodischen Zyklus. Sie sind menschengemacht und in erster Linie Folge des weltweiten CO₂-Ausstoßes.

Ein wirksamer Klimaschutz durch eine Verringerung dieses CO₂-Ausstoßes ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Diese Herausforderung kann nur dann gemeistert werden, wenn jeder, ganz gleich, ob der Staat, Unternehmen oder Privatpersonen, einen Beitrag leistet. Als weltweite Krise muss diese auch global angegangen werden. Weltweite oder auch europäische Klimaziele sind wichtig. Aus unserer Sicht ist es jedoch erforderlich, dass der Staat auf allen Ebenen tätig wird und sich verbindliche spezifische Ziele auf diesen Ebenen setzt. Wir sind davon überzeugt, dass Deutschland die Pflicht hat die Pariser Klimaschutzziele von 2015 einzuhalten und alle dafür notwendigen Maßnahmen ergreifen muss.

Aus diesem Grunde fordern wir die saarländische Landesregierung auf, ein **saarländisches Klimaschutzgesetz** zu erlassen, in dem **konkrete Maßnahmen** zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes im Saarland ergriffen werden. Dieses Gesetz soll auch eine **verbindliche Zielsetzung für ein klimaneutrales Saarland** enthalten. Das Saarland hat in der Vergangenheit bereits einen Strukturwandel geschafft und bewiesen, dass die Menschen in diesem Land anpassungsfähig sind.

Wir fordern, dass das Saarland die Chancen, die sich durch den Wandel in der Industrie und auch bei der Energiegewinnung ergeben, nutzt. Die Energiewende bietet vor allem auch Chancen für die Schaffung neuer und nachhaltiger Arbeitsplätze. Wir wollen die ökologische

34 Wende unter Berücksichtigung der sozialen Aspekte vollziehen. Wir wollen das Klima schüt-
35 zen und gleichzeitig den Wohlstand unseres Landes nicht nur erhalten, sondern auch meh-
36 ren. Hierfür stellen wir als Vertreter der jungen Generation die nachfolgenden Forderungen
37 auf. **Für ein klimaneutrales und wirtschaftlich attraktives Saarland im Jahre 2040.**

38

39 **II. Energieerzeugung**

40 Um Europa, Deutschland und damit auch das Saarland klimaneutral umzugestalten, führt
41 kein Weg an dem **Ausbau der Erneuerbaren Energien** vorbei. Bereits heute sehen wir, dass
42 wir bei zeitgleicher Stilllegung von fossilen Kraftwerken und einem zu geringen Ausbau der
43 Erneuerbaren Energien auf eine Lücke in der Versorgung zusteuern. Im Saarland ist dies,
44 zumindest bilanziell, schon Realität, denn durch die Abschaltung der Kohlemeiler sind wir in
45 großem Stil Stromimporteur und das nicht zwingend von Strom aus Erneuerbaren Energien.
46 Diese Lücke müssen wir schließen. Im Sinne des Klimaschutzes, je schneller desto besser.

47

48 Gerade auch in Anbetracht des Strukturwandels, vor dessen Herausforderung wir im Saar-
49 land stehen, spielt die Erzeugung von Strom eine wesentliche Rolle. Denn Stromerzeugung
50 bedeutet auch Wertschöpfung. Werden Erneuerbare-Energien-Anlagen im Saarland errich-
51 tet und erzeugen den Strom dezentral, profitieren davon auch die Kommunen durch Steu-
52 ereinnahmen, Handwerks- und Industriebetriebe durch regionale Aufträge und damit letzt-
53 lich auch der Bürger vor Ort. Wir als JU Saar wollen diese **Wertschöpfung** wieder in unserem
54 Land haben. Dies kann nur mit dem Ausbau von Erneuerbaren Energien funktionieren. Um
55 das Ziel eines klimaneutralen Saarlands bis zum Jahre 2040 zu erreichen, muss der **Anteil**
56 von **Erneuerbaren Energien** am **Bruttostromverbrauch** im Saarland bis zum Jahre **2040**
57 **100%** betragen.

58

59 Als Technologien mit dem größten Potential für das Saarland sehen wir die **Photovoltaik** in
60 Form von Dach- und Freiflächenanlagen, explizit auch die Agro-Photovoltaik, sowie die
61 **Windkraft** an. Um den Ausbau angemessen wie auch ambitioniert voranzutreiben, sind Rah-
62 menbedingungen auf Bundesebene durch landesspezifische Regelungen zu ergänzen.

63

64 Das Saarland hat bundesweit die höchste Eigenheimquote und damit beste Voraussetzun-
65 gen für Photovoltaikdachanlagen, die ein wichtiger Faktor auf dem Weg hin zur Klimaneut-
66 ralität in allen Bereichen sind. Um das Potential stärker nutzen zu können, fordern wir eine

67 Besserstellung der Prosumer, also der aktiv am Energiemarkt teilnehmenden Verbraucher,
68 im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Hier müssen vor allem **bürokratische Hemmnisse**
69 **und Umlagen reduziert** werden. So wollen wir, dass der Eigenverbrauch von Solarstrom
70 nicht weiter mit Umlagen belastet wird. Die aktuelle Erhebung einer Umlage auf selbst ver-
71 brauchten Strom nach dem EEG hemmt den Ausbau der Erneuerbaren Energien und ist da-
72 her abzuschaffen. Dies gilt ebenso für jede Form der Speicherung wie Lithium-Ionen-Spei-
73 cher oder Power-to-X Verfahren sowie für die Stromlieferung an Dritte. Explizit ist hier auch
74 die Wasserstoffproduktion zu erwähnen, die von der EEG-Umlage befreit sein muss. Nur
75 durch die Entlastung von Abgaben kann diese Technik schnell vorgebracht werden. Der
76 Effekt der Abschaffung würde zum einen weniger Bürokratie für die Betreiber bedeuten,
77 gleichzeitig würden durch weniger staatliche Abgaben die Investitionen in Erneuerbare-
78 Energien-Anlagen für viele Vorhaben rentabel werden (bspw. Mehrfamilienhäuser, Gewer-
79 bebetriebe). Außerdem sollten Nachteile in der Sozialversicherung abgebaut werden, indem
80 für Erträge aus erneuerbaren Energien ein zusätzlicher Freibetrag (insbesondere in der ge-
81 setzlichen Rentenversicherung) eingeführt wird.

82

83 Ein weiterer Sektor sind die Dachanlagen von Gewerbe- und Industriebetrieben. Oft besteht
84 in diesen Objekten ein hoher Stromverbrauch, sodass es für die Betriebe wirtschaftlich ist,
85 den vor Ort erzeugten Strom aus einer Photovoltaikanlage selbst zu nutzen. Dadurch wird
86 zudem das Netz entlastet. Auch hier sehen wir die geplanten Maßnahmen der Regierung
87 kritisch, den Eigenverbrauch ab 500 kWp zu unterbinden. Vielmehr fordern wir, große Dach-
88 anlagen nicht in die Ausschreibungen mit aufzunehmen, sondern bis zu einer Größe von 1
89 MWp als Eigenverbrauchsanlage betreiben zu dürfen.

90

91 Betrachtet man den geplanten Photovoltaikzubau ist nüchtern festzustellen, dass die im
92 EEG geplanten Ausbauziele nicht ausreichen werden, um die Klimaziele zu erreichen. Da
93 Photovoltaik eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung hat und technisch auf einem hohen
94 Stand ist, ist naheliegend, diese Technik u. a. zu forcieren. Daher sehen wir eine Verdopp-
95 lung des bundesweiten Ausbauziels auf rund 10 GW pro Jahr als sinnvoll und realistisch an.
96 Dies würde sich unmittelbar positiv auf den Zubau im Saarland auswirken. Nur mit einem
97 ambitionierten Ausbau wird die junge Generation in einer ihr gerechten sauberen Energie-
98 versorgung aufwachsen.

99 Eine zweite wichtige Säule der Energieversorgung wird die Windkraft sein. Um die Klima-
100 ziele zu erreichen, ist ein **Ausbau der Windenergie** unumgänglich. Diesbezüglich gibt der
101 Bund gewisse Ausbauziele vor. Vorteilhaft für eine reibungslosere Umsetzung wäre eine ak-
102 tive Kooperation zwischen Bund und Ländern. Windräder werden vor Ort aufgestellt und
103 betreffen am Ende Kommunen und Bürger. Das Land muss daher aktiver als bisher den Aus-
104 bau der Windkraft steuern und gestalten können. Daher sprechen wir uns dafür aus, dass
105 wieder das Land im **Landesentwicklungsplan Umwelt** über die **Festsetzung von Vorrang-**
106 **gebieten entscheidet**, in denen Windkraftenergieanlagen konzentriert werden sollen.
107 Kommunen sind häufig planungsrechtlich wie auch gesellschaftspolitisch gehemmt, ihrer
108 Pflicht zur Gestaltung des Ausbaus der Windenergie in angemessener Weise nachzukom-
109 men.

110
111 Darüber hinaus sehen wir in der Stärkung der Beteiligungsmöglichkeit von Bürgern einen
112 notwendigen Schritt, um die Akzeptanz vor Ort zu stärken. Bürger und Kommunen müssen
113 finanziell stärker an den Gewinnen der Windkraftanlagen bei ihnen vor Ort beteiligt werden.
114 Ein wichtiger Baustein hierzu sind **Bürgerenergiegenossenschaften**, deren Einbindung in
115 Projekte wünschenswert ist.

116
117 Immer mehr Photovoltaik- und Windkraftanlagen fallen in den nächsten Jahren aus der För-
118 derung heraus. Es wäre ein falsches Signal, solche technisch noch einwandfrei funktionie-
119 rende Anlagen stillzulegen. Daher braucht es Übergangsregeln, die den Weiterbetrieb und
120 das Repowering zumindest insoweit attraktiv machen, dass diese Anlagen nicht aus ökonomischen Gründen abgeschaltet werden. Der Bestandsschutz für Technik muss insbesondere
121 auch für Peripheriegeräte wie Stromzähler und Stromkasten sowie Verbindungselektrik
122 gelten.

123
124
125 Bei aus der Förderung auslaufenden Photovoltaikanlagen, die vor allem auf Gebäuden in-
126 stalliert sind, muss der einfache Zugang zur Umstellung auf Eigenverbrauch möglich sein.
127 Dies dient der Sektorenkopplung, denn gerade im privaten Bereich ist mit einer Zunahme
128 an größeren Verbrauchern (Wärmepumpe, E-Auto) zu rechnen. Überschüssiger Strom soll
129 eine Anschlussvergütung erhalten.

130

131 Bei der Windkraft spielt neben dem Weiterbetrieb ebenfalls das Repowering eine zuneh-
132 mend wichtige Rolle. Bereits erschlossene Flächen können auch in Zukunft – sofern Aspekte
133 des Umwelt- und Artenschutzes nicht entgegenstehen – weiter genutzt werden, vor allem
134 mit der mittlerweile leistungsstärkeren Technik als vor 20 Jahren. Das Saarland benötigt da-
135 her eine **Repowering-Strategie**.

136

137 Von zentraler Bedeutung für den neuen Energiemarkt sind **Stromspeicher**. Sie sind in der
138 Lage, überschüssige Energie aufzunehmen und zeitlich zu verlagern. Neben Pumpspeicher-
139 kraftwerken haben vor allem die „Power-to-gas“-Technik sowie chemische Speicher (bspw.
140 Lithium-Ionen) großes Potential. Auch hier ist entscheidend, dass in einem neuen Marktme-
141 chanismus die Speicherung von Energie honoriert wird. Die JU steht daher hinter dem Ein-
142 satz der Speichertechnik und sieht die Aufgabe der Politik darin, die notwendigen Rahmen-
143 bedingungen zu schaffen, sodass Speicher künftig ein **fester Bestandteil des Systems** wer-
144 den und deren wirtschaftlicher Betrieb gewährleistet wird. Explizit ist es auch hierzu not-
145 wendig, die Belastung durch Abgaben zu reduzieren und bürokratische Hürden abzuschaf-
146 fen, dies gilt gleichermaßen für den grünen Wasserstoff. Speicher können unter guten Rah-
147 menbedingungen auch interessant für Mittelstand, Mehrfamilienhäuser sowie Quartiers-
148 konzepte werden. Das Ziel muss es sein, die bundesweiten Regelungen derart zu gestalten,
149 dass solche Projekte umgesetzt werden. Im Saarland könnte man über eine zusätzliche Spei-
150 cherförderung nachdenken.

151

152 **III. Industrie**

153 Aus der saarländischen CO₂-Bilanz ist abzulesen, dass im Saarland in den Jahren 1990 bis
154 2016 die gesamten CO₂-Emissionen absolut gesunken sind. Der richtige Weg wurde damit
155 bereits beschritten, er muss jedoch auch konsequent weitergegangen werden. Bei den End-
156 verbrauchsbereichen hat das verarbeitende Gewerbe den größten Anteil am CO₂-Ausstoß
157 und damit auch das größte Potenzial für Einsparungen.

158

159 Insbesondere die Stahlproduktion trägt einen erheblichen Anteil am saarländischen CO₂-
160 Ausstoß. Dabei gibt es hier große Ansatzmöglichkeiten. Das **Saarland** muss beim Thema
161 **klimafreundlicher Stahl europäischer Vorreiter** werden. Durch die neuen innovativen
162 Hochöfen, welche mit Hilfe von Wasserstoff betrieben werden, werden die CO₂-Werte künf-
163 tig spürbar sinken. Die Junge Union spricht sich dafür aus, die Idee des Elektrostahlofens

164 umzusetzen und die dafür notwendigen rund 1 Mrd. Euro Investitionsmittel durch entspre-
165 chende Fördermaßnahmen des Bundes zu kompensieren.

166 Solche Investitionen in die Zukunft müssen auch langfristig wirtschaftlich rentabel sein. Da-
167 mit der Wettbewerb gerade in der weltweiten Stahlbranche fair bleibt, muss hier europäisch
168 gehandelt werden. Die Einführung eines europäische Klimaschutz-Zolls ist unausweichlich,
169 damit der europäische Markt nicht von billigem, klimaschädlich produziertem Stahl über-
170 schwemmt wird. Daher fordert die JU Saar die Landesregierung dazu auf, sich auf europäi-
171 sche Ebene weiter für die **Einführung einer CO₂ -Grenzabgabe auf Stahlimporte** einzuset-
172 zen, um die Wettbewerbsfähigkeit von saarländischem grünem Stahl sicherzustellen.

173

174 Die Stahlindustrie prägt die DNA vieler Saarländer und hat daher ein besonderes Augen-
175 merk verdient. Gerade in der Stahlindustrie steht „Made in Saarland“ für höchste Qualität.
176 Zusätzlich soll es aus unserer Sicht zukünftig auch das Siegel für eine besonders nachhaltige
177 Produktion sein.

178

179 Wasserstoff liefert dann einen Beitrag zur nachhaltigen Stromerzeugung, wenn er grün ist.
180 D. h. er muss mit Strom aus Erneuerbaren Energien erzeugt worden sein. Da grüner Wasser-
181 stoff nicht im Überfluss vorhanden sein wird, ist ein gezielter Einsatz notwendig. Dort, wo
182 die hohe Energiedichte eines flüssigen Brennstoffes nicht benötigt wird, sollten effizientere
183 Lösungen (Li-Ionen Batterien) zum Einsatz zu kommen, bspw. im Individualverkehr, im Nah-
184 verkehr, zu netzdienlichen Zwecken und zur Eigenverbrauchsoptimierung. Wir brauchen
185 Wasserstoff vor allem auch dort, wo sehr hohe Strommengen gefragt sind, d. h. in der In-
186 dustrie und im Fernverkehr. Daher fordert die Junge Union Saar, Investitionen für Forschung
187 und Entwicklung vor allem in den Bereichen Industrie und Fernverkehr zu tätigen und nicht
188 im Bereich des Individualverkehrs.

189

190 Ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer klimafreundlicheren Industrie ist die
191 **Reduzierung von Abfällen**. Dies gilt ebenso für die Müllreduzierung in Privathaushalten.
192 Die JU Saar begrüßt das europäische Verbot von Einwegplastik und die damit einherge-
193 hende Reduzierung von Plastik in der Umwelt. Durch die Erhöhung der Quote an recycleba-
194 rem Kunststoff können CO₂-Emissionen in erheblichem Maße eingespart werden, da durch
195 den eingesparten Bedarf an Neukunststoff auch der Bedarf an Rohöl sinkt. Zum anderen

196 können durch das Recycling von Kunststoffen etwa 33 bis 50 Prozent Energie eingespart
197 werden, die zur Herstellung von neuen Kunststoffen notwendig wären.

198 **Daher fordert die JU Saar die Ausfuhr von Kunststoffabfällen zu reduzieren** und Investi-
199 tionen in Konzepte zur Gewinnung und Verwendung (**Recyclingquoten**) von Rezyklaten zu
200 tätigen, die wiederum in die Kreislaufwirtschaft eingebracht werden können.

201

202 **IV. Land- und Forstwirtschaft**

203 Unser Wald ist von großer Bedeutung für Klima, Wasser, Boden, sowie die biologische Viel-
204 falt. Ebenso wichtig ist die Nutz- und Erholungsfunktion für den Menschen. In deutschen
205 Wäldern waren 2017 in der lebenden Biomasse rund 1,23 Milliarden Tonnen Kohlenstoff ge-
206 speichert. Somit ist der Wald eine wichtige Kohlenstoffsенке.

207

208 Jedoch befinden sich unsere Wälder in den letzten Jahren durch Stürme, Dürren und Schäd-
209 lingsbefall in einer Krise. Auch die Folgen des Klimawandels stellen Gefahren für unseren
210 Wald da. Deshalb müssen wir dafür Sorge tragen, dass unser **Wald** zukunftsfähig bleibt, die
211 Folgen des Klimawandels übersteht und weiterhin als **Kohlenstoffsенке** agiert. Dazu benö-
212 tigt es Experten, die sich mit dem Wald vor Ort auseinandersetzen, um Ideen zu entwickeln,
213 wie man unseren Wald der Zukunft aufbaut.

214 Wichtig ist dabei insbesondere, dass die öffentliche Hand als Vorbild auftritt. Es ist nötig,
215 dass die Leistung des Waldes vergütet wird, wodurch Waldbesitzer und Forstbetriebe bei
216 ihrer Aufgabe der Waldschutz-, Aufarbeitungs- und Wiederaufforstungsarbeiten entlastet
217 werden

218

219 Chancen für den Klimaschutz ergeben sich aber auch durch die Nutzung von nachhaltig er-
220 zeugtem Holz. Durch die Verarbeitung von Holz zu langlebigen Produkten, kann man den
221 enthaltenen Kohlenstoff längerfristig speichern. Die Nutzung von Holz als Baumaterial bie-
222 tet somit eine Alternative zu anderen, umweltschädlichen Baumaterialien.

223

224 Deshalb fordert die Junge Union Saar:

225

226 1. Die Gründung einer **forstlichen Versuchsanstalt** im Saarland, welche praxisnahe
227 forstliche Forschung vor Ort betreibt, sowie Waldbesitzer, Forstbetriebe, Verwal-
228 tung und die Politik berät.

- 229 2. Die **Vermehrung der Waldfläche** in öffentlicher Hand, durch Zukauf bestehender
230 Waldflächen und durch die Schaffung so genannter Mini-Wälder. Bei den Mini-Wäl-
231 dern sollen ungenutzte Flächen mit lokalen Bäumen und Pflanzen durch die Kom-
232 munen bepflanzt werden.
- 233
- 234 3. Eine **Holzbaquote** bei Bauaufträgen auf Kommunal- und Landesebene.
- 235
- 236 4. Die **Förderung des Holzbaus** aus nachhaltig erzeugtem klimafreundlichem Holz.
- 237
- 238 5. Die **Senkung der Mehrwertsteuer** von langlebigen Holzprodukten aus nachhalti-
239 ger Produktion
- 240
- 241 6. Die **Einführung einer Leistungsvergütung** für die anerkannte Kohlenstoffsенke
242 der Wälder. Dadurch könnten Waldbesitzer und Forstbetriebe bei deren Aufgabe
243 für den Erhalt eines gesunden und kräftigen Waldes entlastet werden.
- 244
- 245 7. Die **Ausweitung von Naturschutzgebieten**. Denn wo der Wald unberührt ist, kön-
246 nen sich an die veränderten Klimabedingungen resistente Pflanzen und Bäume
247 schneller entwickeln als in Monokulturen mit für unsere Region atypischen Baum-
248 arten.

249

250 Ein zentraler Treiber der CO₂-Emissionen ist auch unsere Ernährung. Großen Anteil daran
251 hat die industrielle Tierhaltung, auf die laut der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisa-
252 tion der Vereinten Nationen rund 15 % der internationalen Treibhausgase zurückzuführen
253 sind. Im Schnitt verzehrte jeder Deutsche, laut dem Bundeslandwirtschaftsministerium, im
254 Jahr 2019 59,5 kg Fleisch pro Kopf.

255

256 Ein Grund der schlechten CO₂-Bilanz von Fleisch ist Soja. Soja enthält viel Eiweiß und liefert
257 Rindern wertvolle Nährstoffe. Problematisch ist, dass Soja überwiegend aus Übersee impor-
258 tiert werden muss und für deren Produktion Monokulturen angelegt werden, welche von
259 großem Nachteil für die Vegetation vor Ort und das Klima sind. Es gibt deutsches und eu-
260 ropäisches Soja, jedoch entspricht dieses bei weitem noch nicht unserem Bedarf. Seit 2016

261 fördert das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft die Erforschung von al-
262 ternativen heimischen Eiweißpflanzen. Deshalb fordert die JU Saar, die weitere **finanzielle**
263 **Förderung der Erforschung alternativer Eiweißpflanzen** aber auch die **Subvention** von
264 **nachhaltigem deutschen Soja-Anbau**. Hierdurch kann die Konkurrenzfähigkeit des in
265 Deutschland produzierten Soja erhöht und damit die Emissionen bei der Produktion und
266 dem Transport von ausländischem Soja gesenkt werden.

267

268 Aus unserer Sicht muss darüber hinaus die gesamte Produktion von tierischen Produkten
269 und landwirtschaftlichen Gütern überdacht werden. Der Fokus sollte dabei auf einen **be-**
270 **wussteren Konsum aus regionaler und ökologischer Erzeugung** gelegt werden. Dadurch
271 könnten weite Transportwege verhindert, das Tierwohl verbessert, sowie auf schädliche Fut-
272 termittel und chemische Düngemittel verzichtet werden. Auch hier sollte die öffentliche
273 Hand mit gutem Beispiel vorangehen und bspw. das Angebot von ökologischen und regio-
274 nalen Produkten in den saarländischen Schul- und Hochschulmensen nach dem Vorbild der
275 Mensa der Universität des Saarlandes stärker fördern.

276

277 Wir fordern weiter, nachhaltige Lebensmittel insgesamt stärker zu subventionieren und
278 Subventionen für konventionelle Erzeugnisse zu verringern. Dadurch würden der ökologi-
279 sche Landbau und eine nachhaltige Tierhaltung wesentlich attraktiver werden.

280 Deshalb wird die saarländische Landesregierung aufgefordert, ein Konzept zur **stärkeren**
281 **Subventionierung ökologischer Landwirtschaftsbetriebe** vorzulegen und auf Bundes-
282 ebene auf eine Veränderung der Subventionsvergabe im Bund sowie in der europäischen
283 Union hinzuwirken.

284

285 Des Weiteren fordern wir auch die Bundesregierung dazu auf, bei der Europäischen Union
286 den Druck auf ein verbindliches Tierwohllabel zu erhöhen und sich bei der Verteilung der
287 EU-Agrarsubventionen für eine stärkere Ausrichtung hin zu einer ökologischen Landwirt-
288 schaft stark zu machen.

289

290 Ein weiteres gesamtgesellschaftliches Problem ist die immense Verschwendung von Le-
291 bensmitteln. Rund 12 Millionen Tonnen Lebensmittel landen jährlich im Müll und jeder von
292 uns verschwendet im Schnitt 75 Kilogramm. Vor diesem Hintergrund fordern wir, die **Le-**

293 **bensmittelverschwendung** nach französischem Vorbild **unter Strafe** zu stellen. Super-
294 märkte ab einer Größe von 400 Quadratmeter sollen verpflichtet werden, Lebensmittel, die
295 nicht mehr verkauft werden, aber noch genießbar sind, entweder auf einer ausgewiesenen
296 Fläche im Supermarkt zur kostenlosen Mitnahme anzubieten oder an soziale Einrichtungen
297 zu spenden. Erst nach einer vorgeschriebenen Zeit sollen diese dann entsorgt werden dür-
298 fen. Zuwiderhandlungen sollen mit einem Bußgeld geahndet werden.

299

300 **V. Gebäudesektor**

301 Schlecht gedämmte Gebäude und veraltete Heizsysteme verbrauchen große Mengen an
302 Energie. Laut dem Klimaschutzbericht der Bundesregierung stammen (Stand 2018) etwa 14
303 Prozent der gesamten CO₂-Emissionen in Deutschland aus dem Gebäudesektor. Dies sind
304 jedoch nur die unmittelbaren Emissionen, denn wenn man die Emissionen bei der Herstel-
305 lung von Strom und Fernwärme oder von Baustoffen berücksichtigt, liegt der Wert gar bei
306 28 Prozent. Der Gebäudebereich ist damit unmittelbar und mittelbar für mehr als ein Viertel
307 der deutschen CO₂-Emissionen verantwortlich. Dies bedeutet: Der Gebäudesektor ist beim
308 Ziel der Senkung von CO₂-Emissionen ein entscheidender Baustein.

309

310 Betrachtet man allein die unmittelbaren CO₂-Emissionen, so ist der Gebäudebereich für 120
311 Millionen Tonnen CO₂-Ausstoß jährlich verantwortlich. Das Klimaschutzprogramm der Bun-
312 desregierung sieht vor, dass dies im Jahre 2030 nur noch 72 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr
313 sein sollen. Bis zum Jahr 2050 will die Bundesregierung einen nahezu klimaneutralen Ge-
314 bäudebestand realisieren.

315

316 Wir wollen, dass das Saarland mit bestem Beispiel vorangeht und streben daher einen **kli-**
317 **manneutralen Gebäudebestand im Saarland bis zum Jahre 2040** an. Wir fordern die saar-
318 ländische Landesregierung dazu auf, konkrete Maßnahmen zur drastischen Senkung des
319 CO₂-Ausstoßes im Gebäudesektor zu ergreifen. Auf dem Weg zu klimafreundlicheren Ge-
320 bäuden sind dabei aus unserer Sicht vor allem die folgenden 5 Punkte wichtig:

321

- 322 ● **Energetische Sanierung** von öffentlichen und privaten Gebäuden
- 323 ● **Klimafreundliche Wärmeerzeugung**
- 324 ● Ausbau von **Photovoltaikdachanlagen**
- 325 ● Einsatz **umweltschonender Baumaterialien**

326 • **Umweltschonende und artenförderliche Außenanlagen**

327

328 Der Gebäudebereich bietet große Energieeinsparpotentiale. Nach Angaben des Bundesmi-
329 nisteriums für Wirtschaft und Energie wurden fast zwei Drittel aller Wohngebäude vor dem
330 Jahr 1979, dem Jahr des Inkrafttretens der ersten Wärmeschutzverordnung, errichtet. Der
331 jährliche Verbrauch von Kilowattstunden Energie pro Quadratmeter liegt bei diesen Gebäu-
332 den teilweise durchschnittlich mehr als viermal so hoch als bei modernen Wohngebäuden.
333 Die größten Einsparungen lassen sich demnach also bei diesen Gebäuden erzielen. Wir for-
334 dern die saarländische Landesregierung daher auf, eine Sanierungsstrategie für saarländi-
335 sche Gebäude zu entwerfen. Die Eigentümer von Gebäuden müssen gezielt auf Fördermög-
336 lichkeiten des Bundes hingewiesen und zu einer Sanierung ermuntert werden. Hierzu sollte
337 die saarländische Landesregierung einen eigenen Fördertopf ins Leben rufen, um die Bun-
338 desmittel aufzustocken. Erforderlich ist dabei auch, dass die öffentliche Hand mit gutem
339 Beispiel vorangeht.

340 Wir fordern daher die Landesregierung dazu auf, bis zum Jahre 2030 für alle öffentlichen
341 Gebäude in der Hand des Landes regelmäßig zu prüfen, ob eine energetische Sanierung aus
342 Kosten- und Nutzensicht mehrwertig ist und diese umzusetzen.

343

344 Darüber hinaus muss auch im Saarland der Umstieg von Ölheizungen zu klimafreundlicher
345 Wärmeerzeugung stärker forciert werden. Zum einen fordern wir auch an dieser Stelle eine
346 Aufstockung der Bundesfördermittel, um einen attraktiven Anreiz zur Umstellung auf er-
347 neuerbare Wärme zu setzen. Zum anderen ist es aus unserer Sicht jedoch auch Aufgabe der
348 Politik, gerade bei Neubauten dem Einsatz von emissionsreichen Heizungen einen Riegel
349 vorzuschieben. Wir fordern die saarländische Landesregierung daher auf, die **Landesbau-**
350 **ordnung** mit Wirkung zum Jahre **2022** so zu ändern, dass in Gebäuden, in denen eine klima-
351 freundlichere Wärmeerzeugung möglich ist, der Einbau von **Ölheizungen nicht mehr ge-**
352 **stattet** ist. Gleichzeitig muss durch eine Subventionierung klimafreundlicher Heizungen si-
353 chergestellt sein, dass der Wechsel sozialverträglich erfolgen kann.

354

355 Wie bereits beschrieben hat das Saarland bundesweit die höchste Eigenheimquote und da-
356 mit beste Voraussetzungen für Photovoltaikdachanlagen. Diese können zum einen dazu die-
357 nen, den Anteil Erneuerbarer Energien an der Gesamtenergiegewinnung zu erhöhen und
358 zum anderen durch die Nutzung der gewonnen Energie zum Eigenverbrauch dabei helfen,

359 den Bedarf an Energie aus dem öffentlichen Netz zu senken. Um diesen Prozess voranzu-
360 treiben fordern wir zum einen die stärkere Förderung von Photovoltaikdachanlagen. Zum
361 anderen fordern wir die saarländische Landesregierung dazu auf, in der **Landesbauordnung**
362 mit Wirkung zum Jahre **2022** eine **Solarpflicht für alle Neubauten** festzuschreiben. Dies soll
363 für alle öffentlichen, sowie gewerblichen und private Gebäude gelten und ebenfalls durch
364 die Zurverfügungstellung entsprechender Subventionen sozialverträglich gestaltet werden.
365 Von der Pflicht ausgenommen werden sollen Fälle, in denen die Erfüllung anderen öffent-
366 lich-rechtlichen Vorschriften widerspricht, im Einzelfall technisch unmöglich ist oder nicht
367 vertretbar ist, weil die Bruttodachfläche eines Neubaus aus zwingenden rechtlichen oder
368 tatsächlichen Gründen ausschließlich nach Norden ausgerichtet werden kann. Zur Steige-
369 rung der Rentabilität von Photovoltaikanlagen auf privaten Häusern soll bei der Erschlie-
370 ßung von Neubaugebieten die geographische Ausrichtung so erfolgen, dass sich aus den
371 Anlagen eine maximale Effizienz ergibt. Dabei sollte das Hauptaugenmerk die Ausrichtung
372 der Dachflächen sein.

373

374 Darüber hinaus soll die **Landesbauordnung** ab dem Jahre **2022** ebenfalls verbindliche Fest-
375 setzungen über den Einsatz von **umweltschonenden Baumaterialien** und das Erfordernis
376 von **umweltschonenden Außenanlagen** enthalten.

377

378 So fordern wir, dass bei Neubauten in Zukunft ein großer Teil aller verwendeten Baustoffe
379 aus nachwachsenden, gut recyclebaren und lange verfügbaren Rohstoffen bestehen müs-
380 sen. Das Saarland sollte sich dabei an den bereits jetzt schon getroffenen einschlägigen
381 Empfehlungen des Bundes (wie den SNAP-Empfehlungen und dem BNB) orientieren.

382

383 Außerdem können auch die Außenanlagen erhebliche klimatische Auswirkungen haben. Ein
384 Beispiel hierfür sind sog. Steingärten. Aufgrund der fehlenden Begrünung heizen sich die
385 Steine besonders im Sommer auf und geben sodann die Wärme an die Umgebung ab. Da die
386 Steine die Wärme außerdem speichern, kann sich der Garten, bzw. der Boden, auch nachts
387 nicht abkühlen. Wasserundurchlässige Schotterbeete verhindern dazu, dass Regenwasser
388 ins Erdreich sickern kann und begünstigen so die Austrocknung des Erdreichs. Damit haben
389 Steingärten aus unserer Sicht erhebliche negative Auswirkungen auf das Mikroklima. Wir
390 fordern daher die saarländische Landesregierung dazu auf, zukünftig die **Anlage von sog.**
391 **Steingärten in der Landesbauordnung zu verbieten.**

392 **VI. Verkehr**

393 Zur Erreichung der Klimaziele brauchen wir zudem eine echte Verkehrswende. Allen voran
394 ist eine Elektrifizierung des Verkehrs notwendig, um die anvisierte CO₂-Reduktion im Ver-
395 kehrssektor bis zum Jahr 2040 zu erreichen. Bereits in den vergangenen Jahren wurde hier
396 eine positive Entwicklung gestartet, die sich immer weiter beschleunigt. Jedoch bedarf es
397 noch weiterer **Effizienzsteigerungen, was die Produktion der Elektrofahrzeuge sowie de-**
398 **ren Energieverbrauch anbelangt.** Das energieeffizienteste Fahrzeug ist jedoch das, das gar
399 nicht fährt. Ziel sollte es daher sein, den Individualverkehr weitestgehend auf Bus, Bahn und
400 Fahrrad zu verlagern. Zur Kompensation und zum Übergang brauchen wir hier zudem wei-
401 tere technologieoffene Ansätze. Die Weiterentwicklung von elektrischen Fahrzeugen soll
402 daher ebenso gefördert werden wie mit synthetischen Treibstoffen oder Wasserstoff ange-
403 triebene Fahrzeuge. Der Strom zur Erzeugung dieser Kraftstoffe muss dabei ebenfalls aus
404 regenerativen Quellen stammen.

405

406 Um die Elektrifizierung des Verkehrs voranzutreiben bedarf es schnellstmöglich der **flä-**
407 **chendeckenden Einrichtung einer Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge** im Saarland.
408 Der Blick in andere Bundesländer aber auch das Ausland zeigt, dass wir hier bereits deutlich
409 weiter sein könnten. Wir fordern daher, dass – bis auf begründete Ausnahmen – an jedem
410 öffentlichen Gebäude bis Ende des Jahres 2023 öffentlich zugängliche Ladesäulen für Elekt-
411 rofahrzeuge, egal ob Autos, Roller oder E-Bikes, vorhanden sein müssen. Hierzu bedarf es
412 weiterer finanzieller Unterstützung sowie einer Anpassung der rechtlichen Rahmenbedin-
413 gungen durch Land und Bund. Ergänzt werden muss dies noch durch weitere Anreize für
414 Privatpersonen und Unternehmen öffentlich zugängliche Elektroladestationen an ihren Ge-
415 bäuden bzw. auf den ihnen zur Verfügung stehenden Flächen (z. B. Parkplätzen) zu errich-
416 ten. Neben dem Aufbau eines flächendeckenden Netzes an Ladesäulen für Elektrofahr-
417 zeuge benötigen wir ebenfalls den **gezielten Ausbau der Wasserstoffladeinfrastruktur im**
418 **Saarland.** Hier fordern wir von der Landesregierung deutlich mehr Engagement als in der
419 Vergangenheit, um die grundlegende Versorgung des Landes mit entsprechenden Tankstel-
420 len bis zum Ende des Jahres 2023 sicherzustellen und damit den zukünftigen Bedarf, allen
421 voran der Industrie, abzudecken.

422

423 Wir fordern für den Verkehrssektor Technologieoffenheit und daher auch die **Weiterent-**
424 **wicklung und Förderung synthetischer Kraftstoffe**, sogenannter E-Fuels. Sie können

425 ebenfalls ergänzend dazu beitragen, den Verkehr bis zum Jahr 2040 CO₂-neutral zu gestalten.
426 Insoweit sehen wir moderne, effiziente Verbrennungsmotoren als Brückentechnologie
427 an. Neben der Forschung zu E-Fuels und deren Produktion im Saarland muss auch die Forschung
428 zu und Produktion von Batterien und Brennstoffzellen mittels gezielter Anreize ins
429 Saarland verlagert werden.

430

431 Zur weiteren Reduzierung des Individualverkehrs bedarf es einer Generalüberholung des
432 saarländischen ÖPNV. Die aktuelle Tarifstruktur des ÖPNVs im Saarland mit ihrem Waben-
433 system ist deutlich überholt, wir brauchen ein einheitliches ansprechendes Tarifsysteem für
434 das Land sowie eine **radikale Strukturreform**, die unter anderem die Zusammenführung
435 aller Aufgabenträger zum Ziel haben sollte. Verwiesen werden soll an dieser Stelle auf die
436 Beschlüsse der Jungen Union aus den vergangenen Jahren zu dieser Thematik. Gerade der
437 ländliche Raum, der in den vergangenen Jahrzehnten von der Stilllegung verschiedener Bus-
438 und Bahnstrecken betroffen war, weist heute Nachholbedarf bei der Nutzung öffentlicher
439 Verkehrsmittel auf. Hier können in vielen Fällen Bürger- oder On-demand-Busse als effiziente
440 Lückenfüller dienen, welche durch die Landesregierung gerade in der Startphase besonders
441 gefördert werden müssen. Die Wiedereinrichtung stillgelegter Bus- und Bahnstrecken
442 sehen wir an einigen Stellen neben einer deutlichen **Vergünstigung der Fahrtickets**
443 als zielführend an. Allem voran die Einführung eines 365 Euro-Jahrestickets sowie eines entsprechend
444 preisreduzierten Monatstickets für Bevölkerungsgruppen wie Schüler, Studenten,
445 Senioren und kinderreiche Familien kann hier zu einer deutlichen Attraktivitätssteigerung
446 des ÖPNVs im Saarland führen. Die **bessere Anbindung des Saarlandes** nach außen
447 durch weitere Expresszüge sowie nach innen durch eine bessere Anbindung von Industrie-
448 und Gewerbegebieten an den ÖPNV sehen wir ebenfalls als weitere Schritte an, um den
449 Umstieg der Saarländerinnen und Saarländer auf den ÖPNV voranzutreiben. Um den ÖPNV
450 selbst bis zum Jahr 2040 klimaneutral zu gestalten, bedarf es ebenfalls einer Umstellung der
451 heute noch meist dieselbetriebenen Busse durch Elektro- oder Brennstoffzellenfahrzeuge.

452

453 Neben einer Anpassung des Personenverkehrs stellen **Anpassungen am Güterverkehr** einen
454 weiteren wichtigen Beitrag zum Erreichen der CO₂-Neutralität des Saarlandes bis zum
455 Jahr 2040 dar. Auch bei den Warentransporten muss es uns gelingen, den Großteil von der
456 Straße auf die Gleise zu verlagern und die verbliebenen Transporte auf der Straße mittels

457 der genannten Techniken oder auch weiterer Modelle wie Oberleitungen klimaneutral zu
458 gestalten.

459

460 Des Weiteren sprechen wir uns für eine **Stärkung des Radverkehrs im Saarland** aus. Hierfür
461 benötigen wir eine bessere Kombination der verschiedenen Verkehrsmittel (Mitnahme des
462 Fahrrades in Bus und Bahn), den Ausbau und die Instandhaltung des Radwegenetzes auf
463 dem Land und innerhalb der Städte, eine Verbesserung der Anbindung der überregionalen
464 Fahrradnetze an die Bahnhöfe, die Einrichtung überdachter Haltestellen mit sicheren Fahr-
465 radstellplätzen und Ladestationen für E-Bikes sowie barrierefreie Ein- und Ausstiegsmög-
466 lichkeiten an den Bahnhöfen.

467

468 Auch sollte die Nutzung von Fahrgemeinschaften künftig finanziell unterstützt werden, bei-
469 spielsweise durch die Geltendmachung einer Mitfahrerpauschale in der Steuererklärung.
470 Ferner fordern wir eine Verbesserung der Infrastrukturen bei Park-and-Ride-Parkplätzen
471 und die Schaffung intelligenter digitaler Lösungen zur Bildung von Fahrgemeinschaften.

472

473 Was den Verkehr auf der Straße betrifft, gilt auch für diejenigen in der Luft. Auch der Trans-
474 port von Menschen und Waren per **Flugzeug** muss mittels E-Fuels, Brennstoffzellen und an-
475 deren Mitteln bis 2040 klimaneutral gestaltet bzw. durch ein entsprechendes Angebot auf
476 Bus und Bahn verlagert werden.

477

478 **VII. Expertenrat**

479 Die Junge Union Saar befürwortet die Berufung eines unabhängigen Expertenrates für Kli-
480 mafragen zur Unterstützung der Landesregierung bei den Herausforderungen des anthro-
481 pogenen Klimawandels. Die Aufgaben des Expertenrates sollen gesetzlich festgelegt wer-
482 den. Als Vorbild könnte hierzu der Expertenrat sein, welcher die Bundesregierung bei Fra-
483 gen des Klimaschutzes berät. Der Expertenrat sollte aus Wissenschaftlerinnen und Wissen-
484 schaftlern verschiedener Disziplinen zusammengestellt werden, da wir den Klimaschutz als
485 Querschnittsaufgabe ansehen.“